**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/4702**

22. 05. 96

# Antrag

**der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Anke Fuchs (Köln), Wolfgang Thierse, Manfred Hampel, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Wolfgang Ilte, Sabine Kaspereit, Markus Meckel, Christian Müller (Zittau), Dr. Mathias Schubert, Ernst Schwanhold, Dr. Eberhard Brecht, Christel Deichmann, Elke Ferner, Iris Follak, Dr. Peter Glotz, Christel Hanewinckel, Ingrid Holzhüter, Renate Jäger, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Thomas Krüger, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhals, Dr. Christine Lucyga, Winfried Mante, Christoph Matschie, Gerhard Neumann (Gotha), Albrecht Papenroth, Dr. Edelbert Richter, Siegfried Scheffler, Ursula Schmidt (Aachen), Dr. Emil Schnell, Ottmar Schreiner, Gisela Schröter, Richard Schuhmann (Delitzsch), Brigitte Schulte (Hameln), Ilse Schumann, Dr. R. Werner Schuster, Wieland Sorge, Jörg-Otto Spiller, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Dr. Gerald Thalheim, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

## Den wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands voranbringen

Wir brauchen eine neue politische Initiative zur Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands. Leitidee der Initiative ist: Die Menschen in den neuen Ländern müssen ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten, ihr Wollen und ihre Erfahrungen für den Aufbau Ost einsetzen können, um ihr Leben und ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Auch für Ostdeutschland gilt: Dauerhafte Arbeitsplätze können nur dann geschaffen und gesichert werden, wenn die internen Wachstumskräfte ihrer Wirtschaft gestärkt werden. Der wirtschaftliche Aufbau und die Einleitung einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West bedürfen jedoch weiterhin der massiven Unterstützung der öffentlichen Hand. Vor allem die Industrie braucht aktive Hilfe. Ostdeutschland muß wieder ein wichtiger Industriestandort werden. Schon heute zeigt sich deutlich, daß die Strategie der Bundesregierung, die Förderung Ostdeutschlands ab 1998 im wesentlichen auslaufen zu lassen, falsch ist. Jede Kürzung der Fördermaßnahmen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt schwächt die Wirtschaft weiter, vertieft die soziale Not und provoziert weitere soziale Spannungen. Dies gefährdet die Vollendung der deutschen Einheit. Der Aufbau Ost ist eine nationale Aufgabe, die im Interesse aller Deutschen liegt.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. Den Förderdschungel durchforsten; Subventionskontrollen verbessern

   Die Vielfalt der staatlichen Förderprogramme führt nicht selten zu Bürokratismus, Richtlinienwirrwarr, Antragshürden, Überschneidungen und unübersichtlichen Zugangsverfahren, die den Weg zu einer wirksamen Förderung verbauen. Dies gilt insbesondere für die neuen Länder.

   Es ist deshalb erforderlich:

   a) Die Bundesregierung hat sich mit den Landesregierungen und den Kommunen in Ostdeutschland auf ein umfassendes, tragfähiges, mittelfristig angelegtes Förderkonzept für die ostdeutsche Wirtschaft zu verständigen. Dieses Förderkonzept ist mit den EU-Hilfen für Ostdeutschland abzustimmen;

   b) die Vielzahl der Programme ist zu einer kleinen Zahl von Sonderprogrammen mit transparenten Zugangsbedingungen zusammenzufassen – so ließen sich etwa die verschiedenen Maßnahmen zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ebenso zu einem Sonderprogramm bündeln wie die Förderung von Existenzgründungen, die Förderung zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen und die überregionale Absatzförderung. Überschneidungen und Widersprüche von Bundes- und Länderprogrammen, aber auch von Programmen verschiedener Bundesministerien könnten damit vermieden, der Hindernislauf bei den vielen Genehmigungsstellen erleichtert, die Antrags- und Vergabeverfahren vereinfacht werden;

   c) um mehr Transparenz und Subventionsgerechtigkeit herzustellen, sollte jedes Unternehmen ein Subventionskonto führen, auf dem jede staatliche Hilfe erfaßt wird. Eine auf die Wertschöpfung bezogene Subventionshöchstgrenze für jedes Unternehmen soll das Aufkommen einer Subventionsmentalität unterbinden helfen.

2. Die Wirtschaftsförderung des Bundes für Ostdeutschland einschließlich Berlins in einem mittelfristig angelegten Programm auf der Basis der Förderanstrengungen des Jahres 1996 festschreiben

   Die Politik der Bundesregierung, die steuerliche Investitionsförderung bis zum Ende 1998 zu befristen und die Fördermittel für Ostdeutschland im Bundeshaushalt 1996 und in der mittelfristigen Finanzplanung zu kürzen, ist falsch. Es ist an der Zeit, daß die Bundesregierung von dem kurzatmigen Aktionismus bei der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland endlich Abschied nimmt. Die Unternehmen in den neuen Bundesländer brauchen auf mittlere Frist Klarheit und Sicherheit für ihre Investitionsplanungen. Es muß jetzt schnell das Funda-

ment für eine verläßliche, mittelfristig angelegte Investitionsförderung geschaffen werden.

Die steuerliche Investitionsförderung für die neuen Länder muß auf dem Niveau des Jahres 1996 über das Jahr 1998 hinaus verlängert werden.

Es ist deshalb erforderlich,

a) für Ausrüstungsinvestitionen im industriellen Sektor eine Investitionszulage mit einem Fördersatz von 15 % bis Ende 1998 einzuführen und sie danach bis Ende des Jahres 2001, allerdings degressiv, zu verlängern;

b) für das mittelständische verarbeitende Gewerbe eine Investitionszulage mit einem Fördersatz von 20 % vorzusehen. Gleichzeitig ist der Förderzeitraum auf Ende des Jahres 2001 zu erweitern;

c) die Sonderabschreibungen für Ausrüstunginvestitionen im verarbeitenden Gewerbe über das Jahr 1998 hinaus auf dem bisherigen Niveau zu verlängern;

d) die steuerneutrale Wiederanlage betrieblicher Veräußerungsgewinne auf den Erwerb von Anteilen an mittelständischen Kapitalgesellschaften in den neuen Ländern und Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich an mittelständischen Unternehmen in den neuen Ländern beteiligen, befristet weiter auszudehnen (§ 6 b des Einkommensteuergesetzes);

e) wiederinvestierte Gewinne im Verhältnis zu den ausgeschütteten Gewinnen steuerlich zu begünstigen.

Die Kürzungen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sind zurückzunehmen. Die Gemeinschaftsaufgabe ist nach den bewährten Kriterien – allerdings mit dem Ziel der weiteren Differenzierung der Förderkulisse und der Konzentrierung der Fördermittel für die strukturschwachen Regionen in Ost- wie in Westdeutschland – gleichermaßen weiterzuentwickeln. Die verbliebenen Standorte mit regional strukturbestimmenden Betrieben sind zu stabilisieren, in ihrer Vernetzung mit Zulieferern, Kooperationspartnern und Verbrauchern zu stärken und durch die Förderung der Verflechtung unterschiedlicher, aber zueinander passender Branchen im Rahmen einer konsequenten Industriepolitik auszubauen.

3. Den Mut zur Selbständigkeit fördern; die Eigenkapitalschwäche überwinden

Die Zahl der Nettogewerbeanmeldungen ist seit Jahren rückläufig. Dabei ist die Bereitschaft, sich selbständig zu machen – insbesondere bei den jungen Menschen in Ostdeutschland –, nach wie vor sehr hoch. Wir brauchen eine zweite Existenzgründungswelle mit entsprechenden Starthilfen des Staates, wir brauchen aber auch Maßnahmen, die überlebensfähigen Unternehmen ihre Existenz sichern helfen. Für mittelständische Unternehmen in Ostdeutschland sind deshalb Konsoli-

dierungsfonds zu entwickeln bzw. existierende Konsolidierungsfonds aufzustocken.

Es darf jedoch keinen Naturschutzpark für Unternehmen geben, der Selektionsprozeß des Marktes darf nicht außer Kraft gesetzt werden. Es ist volkswirtschaftlich sinnvoller und finanzpolitisch günstiger, Existenzneugründungen zu unterstützen als Unternehmen künstlich am Leben zu erhalten, die am Markt vorbeiproduzieren.

Es gilt, an den Defiziten der jungen Unternehmen anzusetzen: Eigenkapitalmangel, fehlendes Marketing-Know-how, mangelndes Managementwissen. So ist es notwendig, die Beratungs-, Informations- und Schulungsangebote der Kammern, der beruflichen Ausbildungseinrichtungen und der Technologietransferzentren weiter auszubauen und zu verbessern.

Die staatlichen Maßnahmen der Absatzförderung sind auszuweiten, die beschlossenen Kürzungen zurückzunehmen.

Die Sonderregelungen zugunsten der neuen Bundesländer bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind über 1995 hinaus um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Entscheidend ist es, die Eigen- und Fremdfinanzierungsbedingung durch staatliche Hilfen zu verbessern. Hierbei ist es notwendig, die bestehenden Benachteiligungen von Frauen hinsichtlich Startkapital, Eigenkapital und Risikokapital auszugleichen.

Es ist deshalb erforderlich,

a) die Konditionen der ERP-Kredite für Existenzgründungen in den neuen Bundesländern zu verbessern, z. B. den Kredithöchstbetrag zu verdoppeln (auf 4 Mio. DM),

b) das Beteiligungsförderungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von gegenwärtig 500 Mio. DM auf 2 Mrd. DM (§ 7 a des Fördergebietsgesetzes) aufzustocken,

c) die Konditionen des Eigenkapitalhilfeprogramms zu verbessern, z. B. durch Erhöhung des Eigenkapitalhilfe-Partnerschaftskapitals auf 7 Mio. DM, durch Verlängerung der Tilgungsfreiheit und Gewährung niedriger Verzinsung.

4. Die ostdeutsche Forschungslandschaft erneuern und revitalisieren

Der Industriestandort Ostdeutschland hat nur eine Chance, wenn dort Innovations- und Modernisierungspotentiale geschaffen werden, sonst bleiben die neuen Länder für lange Zeit die verlängerte Werkbank westdeutscher und ausländischer Unternehmen.

Ostdeutschland könnte zu einem Modell für eine zukunftsorientierte und umweltverträgliche Wachstumsregion im Herzen Europas werden. Unter Nutzung der vorhandenen Erfahrungen der Ostdeutschen müssen Forschung und Entwicklung, Wissenschaft und Qualifikation in den neuen Ländern spürbar gestärkt werden. Dies beinhaltet auch die gleichberechtigte

Einbeziehung des Qualifikationspotentials von Frauen. Es ist wenig sinnvoll, nur das nachzuahmen, was im Westen bereits existiert. Investitionen und Innovationen sollten sich auf neue zukunftsträchtige Produkte und Herstellungsverfahren konzentrieren.

Das Zusammenstreichen der Anreize zur Belebung der völlig unzureichenden Industrieforschung in Ostdeutschland war falsch. Die Wirtschaft ist zu ermuntern, sich hier stärker zu engagieren, auch durch die Verlagerung von Teilen der Zentralen großer westdeutscher Unternehmen nach Ostdeutschland.

Es ist deshalb erforderlich:

a) Die neu gegründeten industrie- und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen sind noch nicht in der Lage, ohne eine zusätzliche Förderung allein aus Aufträgen, Drittmitteln und Landeszuschüssen zu überleben. Die Programme des Bundes zur ostdeutschen Forschungsförderung, die in ihrer Mehrzahl ausgelaufen sind oder 1996 auslaufen, sind noch nicht entbehrlich. Eine umfassende Humankapitalförderung, wie sie die Programme „FuE-Personalförderung Ost (PFO)" und „FuE-Personalzuwachsförderung (ZFO)" boten, muß weiter möglich sein.

b) Um die Möglichkeiten der Förderung von Forschung auch im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) voll nutzen zu können, wäre eine teilweise Entkoppelung von EFRE und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in allen neuen Bundesländern sinnvoll.

c) Noch bestehende selbständige Forschungseinrichtungen sind bei der Erhaltung ihrer Eigenständigkeit am Markt oder ihrer Rückgliederung in die Forschungslandschaft zu unterstützen. Mit Hilfe großzügiger Rahmenbedingungen beim EFRE, aber auch im Konzept neu aufzulegender Forschungsförderprogramme des Bundes sollte die Förderung gemeinnütziger Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern auf breiterer Basis möglich werden. Die meisten Projektförderungen gehen von vorhandener Grundfinanzierung bei den Förderempfängern aus. Dies ist in den alten Bundesländern auch die Regel, in den neuen Bundesländern jedoch oft nicht. Eine Grundfinanzierung bzw. Grundförderung für Institute auf Vereinsbasis und für erfolgreiche Forschungsgesellschaften soll möglich gemacht werden. Besondere Beachtung sollte dabei den Forschungsaufgaben und Forschungsbelangen von kleinen und mittleren Unternehmen zuteil werden.

d) Die Forschungsförderung sollte sich stärker auf die Förderung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen orientieren. Der Mangel an Kooperationsbeziehungen in den neuen Ländern ist ein wichtiger Wettbewerbsnachteil.

5. Wohnungen bauen, Altbauten modernisieren, Infrastrukturen weiter ausbauen, die Umwelt sanieren

   Grundlage für eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung ist eine moderne Infrastruktur. Jede Verzögerung dabei verzögert den Aufbau. Für ihren weiteren Ausbau müssen die Planungsdauer verkürzt und Verwaltungsabläufe vereinfacht werden, ohne die öffentlichen Mitwirkungs- und Einspruchsrechte zu beschränken. Dies dient auch der Verstetigung der Bautätigkeit als dem heute am besten entwickelten Wirtschaftszweig.

   Die Reduzierung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für den Mietwohnungsbau, die verminderten Ausgaben des Bundes für den sozialen Wohnungsbau und die Kürzung der Städtebauförderungsmittel für die neuen Länder sind jedoch ein falsches Signal an private Investoren, sich aus dem Wohnungsbau zurückzuziehen. Wirtschaftsforschungsinstitute und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie rechnen mit einer drastischen Zunahme der Konkurse im Bausektor. Allein in den neuen Bundesländern wird für das laufende Jahr eine Verdoppelung auf 1 300 Fälle erwartet.
   Es ist deshalb erforderlich:

   a) Die Aufgabe der Baubranche als Konjunkturlokomotive ist durch staatliche Anstrengungen zu dokumentieren und zu stützen; insbesondere sind ein starkes Engagement des Bundes bei der Errichtung neuer Sozialwohnungen sowie eine Anhebung der Städtebauförderungsmittel notwendig.

      Das Altschuldenhilfegesetz für die Wohnungswirtschaft ist mit dem Ziel zu novellieren, daß die Investitionstätigkeit der Wohnungsgesellschaften nicht weiterhin durch die heute gültige progressive Erlösabführungsstaffel behindert wird.

      Das Kreditprogramm des Bundes zur Wohnraummodernisierung und -sanierung ist dahin gehend zu modifizieren, daß die Rückzahlungspflicht der Wohnungsunternehmen mit einem niedrigeren Prozentsatz oder zu einem späteren Zeitpunkt, als bislang vorgesehen, beginnt, um den Einbruch in die Investitionstätigkeit der Unternehmen möglichst gering zu halten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, daß das KfW-Programm auch über das Jahr 1997 hinaus fortgeführt wird, da die zinsgünstigen Kredite für die Wohnungswirtschaft auch in Zukunft von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Wohnungsmarktes in den neuen Bundesländern sein werden.

   b) Die Infrastruktur im Verkehrsbereich, auch im Nah- und Regionalverkehr, ist weiter auszubauen. Es geht dabei insbesondere um die im Bundesverkehrswegeplan und bei den Projekten „Deutsche Einheit" völlig vernachlässigten Gebiete östlich der Linie Rostock-Berlin-Leipzig bis zur polnischen Grenze, es geht um die Ostseehäfen und die Ost-West-Verbindung an der Küste bis zur polnischen Grenze

und um grenzüberschreitende Projekte mit europäischer Perspektive.

c) Die Umwelt ist durch eine bedarfsgerechte Entwicklung der Abwasser- und Abfallwirtschaft, durch moderne Wärme- und Energieversorgung, durch Landschaftspflege und durch die Sanierung verseuchter Standorte zu verbessern; wir schlagen vor, die Energiesparinvestitionen und erneuerbare Energien zu fördern, insbesondere durch ein 100 000-Dächer-Programm für Gesamtdeutschland sowie ein Fernwärmeausbau- und Sanierungsprogramm für Ostdeutschland.

d) Die Standortqualität ist zu steigern:

   - im Wohnumfeld durch eine sozialverträgliche Entwicklung vor allem in Großsiedlungen, durch Modernisierung und Neubau preisgünstiger Wohnungen, durch Stadtentwicklung, insbesondere Sanierung und soziale und wirtschaftliche Wiederbelebung zahlreicher Innenstädte sowie der kommunalen Infrastruktur im Wasser- und Abwasserbereich und im Verkehrswesen;
   - im Kultur- und Bildungsbereich durch Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Aktivitäten auch im privaten Sektor und bei den freien Trägern;
   - in Freizeit, Tourismus und Sport durch Erhaltung und Förderung entsprechender Angebote, Unterstützung des Vereinslebens, beispielsweise im Wege der Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten, und durch eine Verbesserung der Sportstätteninfrastruktur, auch unter Bundesbeteiligung, bei der Sanierung und dem Neubau von Sportanlagen.

6. Den Weg der jungen Generation in das Berufsleben nicht mit einem Fehlstart beginnen

   Jeder Jugendliche in den neuen Ländern muß die Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Wenn die Jugendlichen in die alten Bundesländer abwandern müssen, weil sie in ihrer Heimat keine qualifizierte Ausbildung erhalten, verliert Ostdeutschland seine Zukunft. Die alljährlichen Feuerwehraktionen des Bundes schaffen für die Jugendlichen keine sichere Perspektive. Wir brauchen eine mittelfristig angelegte Ausbildungsplatzinitiative des Bundes und der neuen Länder.

   Es ist deshalb erforderlich:

a) Das duale Berufsbildungssystem muß wieder in die Lage versetzt werden, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Die Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts werden gesetzlich verpflichtet, ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Unternehmen einzuführen. Nach Ablauf von zwei Jahren erfolgt eine Überprüfung und nötigenfalls eine weitergehende gesetzliche Regelung. Ein steuerliches Anreizsystem für die Betriebe, die über Bedarf ausbilden, wird geprüft.

b) Die von der Fraktion der SPD geforderte Gemeinschaftsinitiative ist zügig zu verwirklichen. Hierbei ist sicherzustellen, daß die Ausbildungsplätze für Mädchen besonders gefördert werden.

c) Der Eintritt von Absolventen außerbetrieblicher Ausbildungsgänge ins Berufsleben ist durch das Angebot eines Einarbeitungszuschusses entsprechend dem von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes (ASFG) zu erleichtern.

Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern, Kammern, Gewerkschaften, freien Trägern, Berufsschulen und Betrieben muß intensiviert werden. Die ostdeutsche Wirtschaft darf aus ihrer Verantwortung für die berufliche Ausbildung nicht entlassen werden. Sie und die öffentliche Verwaltung, Bahn und Post müssen ihre Ausbildungsbemühungen verstärken, sonst wird in wenigen Jahren ein Facharbeitermangel die wirtschaftliche Entwicklung erneut beeinträchtigen. Bei gleichbleibenden Bedingungen wird sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in den kommenden Jahren eher noch verschlechtern. Deshalb führt an einer grundlegenden Reform des Berufsbildungswesens kein Weg vorbei.

7. Einen Beschäftigungspakt für Ostdeutschland schließen

Bund, Länder und Gemeinden, Arbeitgeber und Gewerkschaften sind aufgerufen, einen Beschäftigungspakt für Ostdeutschland zu schließen, damit die Arbeitsplatzlücke in Höhe von 1,5 Millionen allein im industriellen Sektor in den neuen Ländern auf mittlere Frist geschlossen werden kann. Notwendig ist eine Strategie für mehr Arbeit, die an drei Ebenen ansetzt: Lohnpolitik, Arbeitszeitpolitik, moderne Arbeitsmarktpolitik.

a) Mehr Arbeit durch beschäftigungsorientierte Tarifpolitik

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Ländern müssen durch eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik unterstützt werden. Durch differenzierte Vereinbarungen muß versucht werden, die Lohnentwicklung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in Übereinstimmung zu bringen. Das ermöglicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine volle Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens und sichert Arbeitsplätze in den Betrieben, die in ihrer Existenz bedroht sind.

b) Neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch flexiblere Arbeitszeiten

Die Arbeitszeitpolitik muß eine stärkere Rolle bei der Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den neuen Ländern spielen. Sie muß flexibler und gerechter organisiert werden. Längere Maschinenlaufzeiten bei kürzerer individueller Arbeitszeit stärken die Leistungsfähigkeit der Betriebe und schaffen neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Wenn die wesentlich längere Arbeitszeit in den neuen Ländern

schrittweise an die kürzere Arbeitszeit in den alten Ländern angeglichen wird, erhalten viele ostdeutsche Arbeitslose die Chance auf einen Arbeitsplatz.

Der Gesetzentwurf der Bundesländer zur Förderung der Teilzeitarbeit ist rasch umzusetzen. Die Tarifpartner müssen durch Vereinbarungen über den Abbau von Überstunden und die schrittweise Angleichung der Arbeitszeit an westdeutsche Gegebenheiten zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen.

c) Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik

Das von der Fraktion der SPD vorgeschlagene Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) wird auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland die Grundlage bilden. Damit wird das bisher für die Überbrückung kurzer Zeiten gelegentlicher Arbeitslosigkeit gedachte Instrumentarium des heute geltenden Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) umgebaut und ergänzt mit dem wichtigsten Ziel, Arbeit zu fördern statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Insgesamt hat für uns die Stärkung des ersten Arbeitsmarktes oberste Priorität.

Durch strukturelle Verbesserungen bei der Frauenerwerbstätigkeit muß der ostdeutsche Arbeitsmarkt leistungsfähiger werden. In allen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik brauchen wir eine Quotierung entsprechend dem Anteil von Frauen und Männern an der Arbeitslosigkeit. Die Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft, auch durch spezielle Existenzgründungsprogramme für Frauen, ist notwendig.

Die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit ist weiter zu unterstützen. Ausgründungen aus Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften sind nach Kräften zu fördern.

Die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in das Berufsleben ist zu erleichtern. Wichtiges Instrument wird dabei der Lohnkostenzuschuß sein. Weitere Maßnahmen wie die Förderung sozialer Betriebe und der Rechtsanspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen müssen hinzukommen.

Die Sonderbedingungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland müssen für eine weitere Übergangszeit erhalten bleiben. Die Maßnahmen nach § 249 h AFG sind entsprechend der Initiative der Bundesländer zu sichern.

8. Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligen

Angesichts der massiven öffentlichen Investitionsförderung kann es nicht länger hingenommen werden, daß sich das wachsende Produktivvermögen ausschließlich in der Hand der Kapitalgeber konzentriert, während Arbeitnehmer leer ausgehen. Der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland muß zu einer neuen Initiative zur Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand genutzt werden. So sollte grundsätzlich die

Gewährung von staatlichen Subventionen an Unternehmen an die Bildung von Produktivvermögensfonds der Arbeitnehmer geknüpft werden.

9. Solidarisch den weiteren Aufbau Ostdeutschlands finanzieren

Der heutige Solidaritätszuschlag belastet alle Einkommensteuerzahler und trägt zu einer konjunkturschädlichen Minderung der Binnenkaufkraft bei. Er muß deshalb Zug um Zug ersetzt werden durch einen Lastenausgleich, bei dem große private Vermögen zu einem solidarischen Finanzierungsbeitrag herangezogen werden. Betriebliche Vermögen werden von der Besteuerung ausgenommen.

Bonn, den 22. Mai 1996

**Rolf Schwanitz**
**Anke Fuchs (Köln)**
**Wolfgang Thierse**
**Manfred Hampel**
**Jelena Hoffmann (Chemnitz)**
**Wolfgang Ilte**
**Sabine Kaspereit**
**Markus Meckel**
**Christian Müller (Zittau)**
**Dr. Mathias Schubert**
**Ernst Schwanhold**
**Dr. Eberhard Brecht**
**Christel Deichmann**
**Elke Ferner**
**Iris Follak**
**Dr. Peter Glotz**
**Christel Hanewinckel**
**Ingrid Holzhüter**
**Renate Jäger**
**Siegrun Klemmer**
**Dr. Hans-Hinrich Knaape**
**Thomas Krüger**
**Dr. Uwe Küster**
**Christine Kurzhals**
**Dr. Christine Lucyga**
**Winfried Mante**
**Christoph Matschie**
**Gerhard Neumann (Gotha)**
**Albrecht Papenroth**
**Dr. Edelbert Richter**
**Siegfried Scheffler**
**Ursula Schmidt (Aachen)**
**Dr. Emil Schnell**
**Ottmar Schreiner**
**Gisela Schröter**
**Richard Schuhmann (Delitzsch)**
**Brigitte Schulte (Hameln)**
**Ilse Schumann**
**Dr. R. Werner Schuster**
**Wieland Sorge**
**Jörg-Otto Spiller**
**Dr. Peter Struck**
**Dr. Bodo Teichmann**
**Dr. Gerald Thalheim**
**Reinhard Weis (Stendal)**
**Gunter Weißgerber**
**Rudolf Scharping und Fraktion**

### Begründung

Die staatliche Einheit ist von den Bürgerinnen und Bürgern der DDR ermöglicht worden, die das SED-Regime in einer gewaltlosen und demokratischen Revolution beseitigt haben. In der wechselvollen deutschen Geschichte ist dies Anlaß zu Stolz und Freude. Die soziale und wirtschaftliche Einheit ist allerdings noch nicht erreicht. Der rasche wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland ist jedoch im gesamtdeutschen Interesse: Jeder Fortschritt, der jetzt versäumt wird, muß später teuer bezahlt werden. Jeder Fortschritt, der erreicht wird, ist gut für ganz Deutschland. Deshalb dürfen wir

trotz knapper Kassen nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Die Ziele des Solidarpakts sind noch nicht erfüllt, die Angleichung der Lebensverhältnisse bleibt eine wichtige Aufgabe.

Vieles ist vorangekommen in Ostdeutschland. Mit Fleiß, Tatkraft, Können und Geschick hat die Mehrzahl der Menschen es geschafft, daß es ihnen heute deutlich besser geht als früher und sie optimistisch in ihre persönliche Zukunft blicken können. Der größere Teil der Älteren kann mit angemessenen Renten einen sicheren Lebensabend erwarten. Für viele, die vom Arbeitsleben ausgeschlossen sind, ist unter großen Anstrengungen ein Netz geknüpft worden, das sie vor dem Absturz in die größte Not bewahrt. Einige Wirtschaftsstandorte sind bereits relativ hoch entwickelt, das Kommunikationsnetz ist auf dem neuesten Stand.

Es bleibt aber noch viel zu tun. Die neuen Länder müssen und wollen so bald wie möglich von Subventionen unabhängig werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihren Bewohnern aus eigener Kraft Lebensverhältnisse anzubieten, die mit denen im übrigen Deutschland vergleichbar sind und es ihnen gestatten, ihre persönlichen Fähigkeiten zu nutzen. Sie müssen mit ihren regionalen Besonderheiten und Vorteilen ihre Zukunft in Europa gestalten können – zwischen Skandinavien und Südosteuropa, an der Schnittstelle zwischen der Europäischen Union und den Staaten Mittel- und Osteuropas, als Region mit politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Anziehungskraft, als Zentrum für Wissenschaft, Forschung und Technologie und als Verkehrskreuz.

Die ostdeutsche Wirtschaft hat sich von dem Zusammenbruch Anfang der 90er Jahre noch nicht erholt und wird schon neu belastet durch die existentielle Gefährdung vieler neugegründeter und privatisierter Unternehmen, vor allem aus Mangel an Eigenkapital, durch Schwierigkeiten beim Marktzugang und unzureichende Qualität der Unternehmensführung. Energie ist teurer als in Westdeutschland. Diese Schwierigkeiten sind ohne staatliche Unterstützung nicht zu beheben, denn die ostdeutsche Wirtschaft ist in weiten Teilen noch immer zu schwach, um sich aus eigener Kraft weiterzuentwickeln.

Bedrückendster Ausdruck dieser wirtschaftlichen Schwäche ist der hohe Grad der Unterbeschäftigung in den neuen Ländern. Sie verharrt bei rund 30 %, wovon mehr als die Hälfte nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheint, weil die Betroffenen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind. Zwei Drittel aller ostdeutschen Arbeitslosen sind Frauen, ihr Anteil an der Erwerbstätigkeit ist heute niedriger als in Westdeutschland. Gleichzeitig spielt Teilzeitarbeit in Ostdeutschland kaum eine Rolle. Hier werden anteilmäßig mehr Überstunden geleistet als in Westdeutschland bei längerer tariflicher Arbeitszeit und deutlich kürzerem Jahresurlaub. Besonders drastisch schlägt die ökonomische Misere auf dem Lehrstellenmarkt durch. In einigen Regionen werden 80 % der Auszubildenden nicht mehr im dualen System ausgebildet. In einem besorgniserregenden Maße suchen Jugendliche ihre Zukunft im Westen. Damit verlieren die neuen Länder auch Zukunftschancen. Es zeichnet sich ab, daß es nach der Generation der in den Vorruhestand Geschickten und der Generation der in die Ar-

beitslosigkeit Gefallenen nunmehr eine dritte Generation in Ostdeutschland gibt, von der große Teile keinen normalen beruflichen Lebensweg vorweisen können.

Die ostdeutschen Länder und Kommunen haben den dringenden Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen in den Bereichen Verkehrswesen, Wasser/Abwasser, öffentliche Bauten, Gewerbeansiedlung und Umweltschutz mit einer Verschuldung erkauft, die sich bereits jetzt im sechsten Jahr der deutschen Einheit dem Verschuldungsgrad nähert, der sich in den alten Ländern in mehr als 40 Jahren aufgebaut hat. Trotzdem hat vor allem die Stadtentwicklung vielfach eine unglückliche Wendung genommen. Viele Innenstädte haben kaum reparierbare Schäden. Teure steuerlich geförderte Mietwohnungen stehen leer. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Spekulationen und der Abzug des Handels und des Gewerbes an die Stadtränder behindern den Fortschritt in den Kommunen auf vielfältige Weise.

Mit dem Jahressteuergesetz 1996 hat die Bundesregierung durchgesetzt, daß die steuerliche Förderung von Investitionen ab 1997 um ein Drittel gekürzt und ab 1999 insgesamt auslaufen wird. Angesichts der nach wie vor sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland ist diese Entscheidung falsch und unverständlich. Sie muß im Interesse der Menschen in Ostdeutschland, aber auch im Interesse der Menschen in Westdeutschland korrigiert werden. Der wirtschaftliche Aufbau darf nicht wegen falscher politischer Prioritätensetzung der Bundesregierung auf halbem Wege steckenbleiben.

In den letzten fünf Jahren ist viel für die Menschen in Ostdeutschland erreicht worden. Die Grundlagen für einen erfolgversprechenden Umbau der kommunistischen Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft sind gelegt worden. Von einem erfolgreichen Abschluß des wirtschaftlichen Aufbauprozesses in Ostdeutschland kann jedoch noch keineswegs gesprochen werden. So ist das Bruttoanlagevermögen pro Kopf der Bevölkerung nur halb so groß wie das in Westdeutschland. Die Produktivität erreicht lediglich etwas über 50 % vom westdeutschen Niveau, die Lohnstückkosten liegen um ca. 25 % über denen Westdeutschlands. Die Zahl der Beschäftigten – vor allem im industriellen Bereich – nimmt trotz Wirtschaftswachstums weiter ab. Obwohl in den neuen Bundesländern 20 % der Bevölkerung Deutschlands leben, kann der Osten so gerade einmal 5 % zur nationalen Industrieproduktion beitragen. Es fehlen noch Hunderttausende von Arbeitsplätzen gerade im industriellen Bereich, die ohne staatliche Hilfen nicht geschaffen werden können.

Wir stellen fünf Engpässe der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands fest, auf die Antworten gegeben werden müssen.

Engpaß Nr. 1: Die Angebotsschwäche der Wirtschaft

Die Produktion in Ostdeutschland ist nach wie vor nicht in der Lage, die inländische Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu befriedigen. Sie hinkt weit der Nachfrage hinterher. Diese Lücke ist in den vergangenen Jahren sogar noch weiter gewachsen: von 155 Mrd. DM 1991 auf über 210 Mrd. DM in diesem Jahr – mit wei-

ter steigender Tendenz, wie die erst kürzlich veröffentlichten Analysen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute festgestellt haben.

Engpaß Nr. 2: Die Erneuerung des Kapitalstocks ist noch nicht abgeschlossen

Die gegenüber Westdeutschland um ca. 25 % höheren Lohnstückkosten in der Industrie sind Ausdruck des nach wie vor unzureichenden Kapitalstocks der ostdeutschen Wirtschaft. Zwar konnte die Kapitalstocklücke in den vergangenen fünf Jahren abgebaut werden, gleichwohl sind noch nicht alle veralteten Produktionskapazitäten erneuert und ein hinreichender Kapitalstock gebildet worden, der der Inlandsnachfrage in den neuen Bundesländern entspricht. Der öffentlichen Förderung von Investitionen vor allem im privaten Bereich kommt deshalb auch in den nächsten Jahren eine überragende Bedeutung zu.

Engpaß Nr. 3: Die Nachfrage nach Arbeit übersteigt das Angebot um ca. ein Drittel

Mit dem Abbau der Produktionskapazitäten der DDR-Wirtschaft sank die Zahl der Arbeitsplätze von 9,5 Millionen auf ca. 6,1 Millionen. Die Erfolge im wirtschaftlichen Aufbauprozeß der vergangenen Jahre konnten den Verlust an Arbeits- und Ausbildungsplätzen nicht einmal annähernd ausgleichen. Obwohl Hunderttausende von Menschen in den vergangenen fünf Jahren ihre Heimat in Ostdeutschland verließen bzw. als Pendler in Westdeutschland Arbeit gefunden haben, suchen nach wie vor mindestens 2,1 Millionen Menschen in den neuen Ländern einen Arbeitsplatz und müssen sich zur Zeit noch mit Arbeitslosigkeit oder mit Maßnahmen der Arbeitsämter abfinden.

Engpaß Nr. 4: Die ostdeutsche Wirtschaft ist zu stark binnenwirtschaftlich orientiert

Der überregionale Absatz von Produkten der ostdeutschen Wirtschaft ist bei weitem zu gering. Von 1991 bis 1994 ist sogar die Exportquote von gut 16 % auf knapp 12 % zurückgegangen. Die Lücke wird in den nächsten Jahren nur geschlossen werden können, wenn die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen aus den neuen Bundesländern nach Westdeutschland und ins Ausland ausgeweitet und die Einfuhr mit einheimischer Produktion zurückdrängt werden können.

Engpaß Nr. 5: Existenzneugründungen sind nach wie vor unzureichend

Nach vierzig Jahren kommunistischer Kommandowirtschaft überraschte es viele, daß Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Ländern in so kurzer Zeit bereit waren, das Wagnis einer Firmengründung auf sich zu nehmen. Allerdings darf es niemanden verwundern, daß nach dem Gründungsboom die Zahl der Gewerbeabmeldungen sprunghaft angestiegen ist, so daß die Zahl der Nettogewerbeanmeldungen seit Jahren rückläufig ist.

Es ist wahr: Die ostdeutschen Strukturbrüche sind zunächst auf den wahrhaft desolaten Zustand der DDR-Wirtschaft zurückzuführen. Verschärft wurden sie allerdings durch nicht wiedergut-

zumachende, häufig rein ideologisch begründete Fehlentscheidungen der Regierung Kohl, deren schwerwiegendsten und folgenreichsten die Eigentumsregelung „Rückgabe vor Entschädigung", die vielfach überstürzte Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe um fast jeden Preis und die anfangs unzureichende Ausstattung der Länder und Kommunen mit Finanzmitteln waren. Besonders nachhaltige Folgen hat die Täuschung des Volkes durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl über die von Anfang an absehbaren Probleme und Kosten der Vereinigung: Die Übernahme der Lasten des Einigungsprozesses stößt auf immer größere Widerstände. Diese zusätzliche Fehlentwicklung muß, auch im Interesse Westdeutschlands, korrigiert werden. Es ist unser aller Auftrag, diese Akzeptanz vor allem in Westdeutschland wiederherzustellen und zu festigen und das Bewußtsein dafür wieder zu stärken, daß die Vollendung der deutschen Einheit nur als solidarische Gemeinschaftsanstrengung aller gelingen kann, bei der die Aufgaben und Lasten gerecht verteilt werden.



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333